

Der Kanton soll das Krippenangebot mitfinanzieren

Kritik von links bis rechts am Entwurf des Gesetzes über die ambulante Kinder- und Jugendhilfe

Dem neuen Kinder- und Jugendhilfegesetz erwächst breiter Widerstand, weil es die Gemeinden zur Finanzierung eines bedarfsgerechten Krippenangebots verpflichtet. In den Vernehmlassungsantworten wird einhellig ein finanzielles Engagement des Kantons gefordert.

vö. Wer befiehlt, soll sich auch finanziell engagieren, so lautet der Grundtenor der Stellungnahmen zum neuen kantonalen Gesetz über die ambulante Kinder- und Jugendhilfe, dessen Vernehmlassungsfrist kürzlich abgelaufen ist. Konkret: Wenn der Kanton die Schaffung eines «bedarfsgerechten» Angebotes an familienergänzenden Strukturen für Kinder im Vorschulalter gesetzlich verankert und dazu detaillierte Vorgaben macht, darf er ihre Finanzierung nicht wie vorgeschlagen vollumfänglich den Gemeinden aufbürden und ihnen gleichzeitig jegliches Mitspracherecht verwehren. Nicht goutiert wird zudem der unpräzise Ausdruck «bedarfsgerecht».

Harte Haltung der Sozialkonferenz

Diese Hauptkritik an der Teilrevision des Kinder- und Jugendhilfegesetzes bezieht sich auf den darin eingebetteten regierungsrätlichen Gegenvorschlag zur Volksinitiative «Kinderbetreuung Ja». Formuliert haben sie linke wie rechte Kreise, allen voran der Gemeindepräsidentenverband und die Sozialkonferenz des Kantons Zürich. Sie lehne das Gesetz ab, weil es nicht partnerschaftlich sei, sagte Co-Präsident und FDP-Kantonsrat Urs

Lauffer auf Anfrage. Wie die Sozialkonferenz erachtet es Lauffers Partei grundsätzlich als richtig, dass die Gemeinden Krippenangebote schaffen müssen. Allerdings sollten sie laut Kantonsrätin Regine Sauter grösstmögliche Freiheiten insbesondere bei der Form der Finanzierung erhalten. Der Kanton sollte sie zudem mit finanziellen Anreizen unterstützen. Daniel Frei, Generalsekretär der kantonalen SP, erachtet es als unrealistisch, den Gemeinden die Finanzierung des Krippenangebotes vollständig zu übertragen. Eine Mischfinanzierung sei angebracht, sagte er auf Anfrage. Er gab sich zuversichtlich, dass sich dank einer entsprechenden Anpassung eine Parlamentsmehrheit für die Vorlage aussprechen wird.

Stationären Bereich einbeziehen

Umstritten ist ferner die Reduktion des Gesetzes auf die ambulante Kinder- und Jugendhilfe. Diese umfasst ein vielfältiges Angebot wie Jugend- und Familienberatung, Elternbildung, Alimentenbevorschussung und neu auch Krippen sowie Schulsozialarbeit, dessen Aufgaben, Leistungen und Zuständigkeiten von Kanton und Gemeinden nun klar definiert werden sollen. Wegen jahrelangen Streits um die Finanzierung der Heime hat die Bildungsdirektion den stationären Bereich bewusst ausgeklammert und sich für eine – politisch chancenreichere – Etappierung der Gesetzesrevision entschieden. Wie die kantonale Sozialkonferenz fordert nun auch die FDP trotzdem einen grossen Wurf. Sie beantragt, die Gesetzesvorlage um die stationären Angebote zu ergänzen. Falls der Regierungsrat der Forderung nicht entspreche,

lehne ihre Partei die Gesetzesvorlage ab, erklärte Regine Sauter. Pragmatischer verhalten sich die anderen Parteien. So findet zwar auch die SP eine Zweiteilung der Jugendhilfe sachlich falsch, möchte aber nicht, dass die längst fällige Neuregelung gerade auch der ambulanten Jugendhilfe deswegen politisch Schiffbruch erleidet.

Grundsätzlich stört sich die SP am problemorientierten Ansatz des Gesetzes, der die Prävention zu wenig gewichtet. Diese einseitige Ausrichtung kritisiert auch der Dachverband der kantonalen Jugendarbeit «Okaj Zürich». Allein auf weiter Flur steht die SVP mit ihrer Ablehnung der gesetzlich verankerten Regionalisierung der Bezirksjugendsekretariate da. Die Zusammenlegung von mehreren Stellen bewirke eine Distanzierung der Verantwortungsträger von der Bürgerin und dem Bürger, so begründet die Partei ihre Haltung in einem Pressecommuniqué. Zudem vertritt die SVP die Auffassung, dass die Schulsozialarbeit im Volksschulgesetz zu regeln sei. Eine weitere Einzelposition vertreten die Grünliberalen bezüglich Alimentenbevorschussung. Sie erachten deren Erhöhung um 40 Prozent, die eine Folge der erstmaligen Anpassung an die Teuerung seit 1990 ist, als übertrieben, wie sie in einer Medienmitteilung schreiben.

André Woodtli, Chef des kantonalen Amtes für Jugend und Berufsberatung, will noch keine Einschätzung abgeben. Zunächst werde ein Bericht mit den kritischen Stellungnahmen zuhanden des Regierungsrates verfasst, sagte Woodtli auf Anfrage. Die bereinigte Gesetzesvorlage soll 2010 dem Kantonsrat unterbreitet werden.

An der Kalkbreite soll ein «Kraftort» entstehen

Ein spezielles Bauprojekt für eine spezielle Genossenschaft

Das Büro Müller Sigrüst Architekten hat den Wettbewerb für eine Genossenschaftssiedlung über den VBZ-Abstellgleisen an der Kalkbreite gewonnen. Gebaut wird ein Haus, das Wohnraum für 250 Menschen und zusätzlich rund 250 Arbeitsplätze bereitstellt.

ak. Es ist selten, dass sich alle Beteiligten über das Siegerprojekt eines Wettbewerbs so einhellig freuen. Meist lassen sich auch Qualitätsanspruch, ökologischer Standard und Kosten nur schwer unter einen Hut bringen. Beim Projekt für eine Genossenschaftssiedlung beim Tramdepot Kalkbreite scheint aber alles zu passen: Das Amt für Hochbauten ist sehr zufrieden mit der guten städtebaulichen Einpassung, und die Genossenschaft Kalkbreite freut sich darüber, dass ihren «Visionen ein Gesicht gegeben wurde», wie der Genossenschaftspräsident Manuel Knuchel gestern Dienstag an einer Medienkonferenz gesagt hat. Zudem ist das Projekt von Müller Sigrüst Architekten eines der günstigsten und erfüllt den Minergie-P-Standard bestens. «Ein verblüffendes Projekt», sagte Peter Ess, der Direktor des Amtes für Hochbauten. Das Amt hat den Wettbewerb im Auftrag von Genossenschaft und Stadt durchgeführt. 55 Büros hatten sich beteiligt.

Zusatzraum dank Room-Sharing

Auf dem Kalkbreite-Areal soll etwas Spezielles entstehen, das war für alle Beteiligten von Anfang an klar. Man habe deshalb die Genossenschaft Kalkbreite ausgewählt, die klare Visionen zum künftigen Wohnen und Arbeiten an diesem Ort habe, bemerkte Ess. Ziel ist es, etwas Eigenständiges, Starkes entstehen zu lassen, einen richtigen «Kraftort», vergleichbar etwa der Siedlung Karthago oder aber der Mühle Tiefenbrunnen. Die Genossenschaft will nach den Worten von Knuchel «ein Stück Stadt schaffen», in dem sich

Wohnen, Arbeiten und Kultur verbinden. Die Bewohnerinnen und Bewohner werden relativ kleine Wohnungen ohne Balkon erhalten (30 bis 35 Quadratmeter pro Person), dafür werden sie mit grosszügig bemessenen Gemeinschaftsräumen und einer riesigen Dachlandschaft als Aussenraum entschädigt. Man wolle aber nicht einfach «Chüngelställe» bauen, vielmehr soll mittels einer Art Room-Sharing dann Raum zugemietet werden, wenn man ihn benötigt. Im Wohnungsmix findet sich alles von der Einzimmerwohnung bis zur Gross-Wohngemeinschaft. Im Erdgeschoss zur Badenerstrasse hin wird eine lebendige Gewerbenutzung angestrebt. Die Flächen, die in etwa vier Jahren bezugsfertig sind, werden schon jetzt ausgeschrieben.

Trams fahren im Untergrund

Die Überdeckung des Kalkbreite-Areals ist seit längerem ein Thema. 1978 forderte beispielsweise eine SP-Initiative kommunalen Wohnungsbau an diesem Ort. Weil die Verkehrsbetriebe aber dar-

auf beharrten, dass sie die Gleisflächen nach wie vor brauchen, hat sich bis vor kurzer Zeit keine Lösung ergeben. Erst im Zusammenhang mit einer dringenden Erneuerung der Anlagen ist eine Aufteilung der Flächen möglich geworden. Im Untergrund werden auch in Zukunft die Trams ein- und ausfahren; darüber entsteht ein grosser Innenhof, der von einer Art abgestuftem Blockrand umschlossen wird.

Auffallend am Projekt ist ein Erschliessungsweg, der sich als «Rue intérieure» durchs ganze Gebäude, über den Dachgarten und wieder hinunter in den Innenhof zieht. Gegen die Badenerstrasse hin ist der Bau acht Stockwerke hoch und stellt das renovierte Restaurant Rosengarten damit sehr deutlich in den Schatten. Im nächsten Jahr wird sich noch der Gemeinderat mit dem Projekt zu befassen haben: Es braucht einen Gestaltungsplan, einen Vertrag für die Abgabe im Baurecht – und einen Kredit für die eigentliche Gleisüberdeckung, die von der Stadt bezahlt werden soll.



So könnte die Kalkbreite-Überbauung einst aussehen (Blick von der Seebahnstrasse her).

Winterthurer Musikpavillon ohne Sogwirkung auf Szene

Zwischenbilanz zum Projekt «Merkur»

fo. Der Musikpavillon auf dem Winterthurer Merkurplatz steht seit 19 Jahren, und bereits hat er ein Stück Stadtgeschichte geschrieben – allerdings nicht in der Rolle, die ihm zugedacht war. Geplant als hübsches Dach für Platzkonzerte, wurde er bald zum Treffpunkt für Alkoholiker, Drogensüchtige und Dealer. Die Bevölkerung begann den Ort zwischen Bahnhof und Stadtpark zu meiden, Beschwerden aus der Nachbarschaft häuften sich. Im Januar 2008 kündigte der Stadtrat unter dem Projektnamen «Merkur» ein Paket aus repressiven und sozialen Massnahmen an.

Der Platz hat sich verändert. Die Drogenszene teilte sich auf, die Alkoholiker zogen sich zunächst diskret in den nahen Stadtpark zurück und begannen den Ort zu meiden. Seither sorgen ein Blumenhändler im Musikpavillon und Imbissstände für etwas Markt-Atmosphäre. Noch wirkt der Ort manchmal etwas verlassen, aber er wird von Passanten nicht mehr gemieden. Im Baudepartement ist eine Testplanung in Arbeit, bis Ende Jahr sollen konkrete Ideen für eine städtebauliche Neugestaltung vorliegen.

Am Dienstag haben Vertreter von Stadtrat und Polizei vor dem Musikpavillon über die Entwicklung orientiert. Als wesentlichen Erfolg wertete Sicherheitsvorsteher Michael Künzle, dass der Pavillon seine bis in den Süddeutschen Raum hineinreichende Sogwirkung auf Dealer und Süchtige verloren habe. Die offene Szene sei aufgelöst, die Alkoholkranken und Drogensüchtigen hätten vermehrt den Weg zu Betreuungsangeboten gefunden. Die Randständigen seien aber ein Teil der Bevölkerung, und man vertreibe sie nicht aus der Stadt. Mit vermehrten und flexibel gestalteten Einsätzen will die Polizei neue Szenenbildungen verhindern. Laut Kommandant Fritz Lehmann fühlen sich die Suchtkranken stärker beobachtet und verhalten sich diskreter, was durchaus erwünscht sei.

Eine Schlüsselrolle im Projekt Merkur hat das Sozialdepartement übernommen. Die zuständige Stadträtin Maja Ingold sagte, der Zustrom zur städtischen Drogenanlaufstelle an der Meisenstrasse habe sich verdreifacht. Dem Gemeinderat liegt jetzt ein Kreditantrag für den Umzug der Einrichtung in eine grössere Liegenschaft an der Zeughausstrasse 76 vis-à-vis der alten Kaserne vor. Demnächst folgt ein Antrag auf finanzielle Unterstützung für den Verein Subita, der die Gasenarbeit im Rahmen von «Merkur» markant ausgeweitet hat. Weiter sagte Ingold, der praktisch selbstverwaltete Treffpunkt von Randständigen im alten Schützenhaus Rosenberg habe sich gut eingespielt. Das Haus wird allerdings morgen Donnerstag geschlossen, für den nächsten Winter sucht die Stadt einen neuen Standort. Eine Rückkehr ins Schützenhaus steht laut Ingold derzeit nicht im Vordergrund.

IN KÜRZE

Kind in Kreis 6 angefahren. Ein 10-jähriger Knabe ist am Dienstagmittag in Zürich 6 angefahren und mittelschwer verletzt worden. Laut einem Sprecher der Stadtpolizei war ein 65-jähriger Automobilist auf der Riedtlistrasse Richtung Schaffhauserstrasse gefahren, als das Kind auf der Höhe der Stolzstrasse in schnellem Schritt und rund fünf Meter neben dem Zebrastreifen die Fahrbahn überquerte. Der Autolenker konnte nicht rechtzeitig anhalten und fuhr den Knaben an. *fsi.*

Autofahrerin bei Kollision in Wädenswil verletzt. Bei einem Zusammenstoss zweier Autos in Wädenswil ist eine 33-jährige Fahrzeuglenkerin verletzt worden. Laut einer Meldung der Kantonspolizei wollte die Frau kurz vor 14 Uhr von der Stoffelstrasse her kommend die Steinacherstrasse überqueren und weiter in die Johannes-Hirt-Strasse fahren. Dabei übersah sie ein auf der Steinacherstrasse bergwärts fahrendes Auto und prallte in dessen linke Flanke. Während der 45-jährige Lenker dieses Wagens unverletzt blieb, musste die Frau ins Spital gebracht werden. Die Polizei bittet Zeugen, sich unter der Telefonnummer 043 833 17 00 zu melden. *fsi.*

Altöl in Spreitenbach in Kanalisation entsorgt. Unbekannte haben in der vergangenen Woche in Spreitenbach eine noch nicht bekannte Menge Altöl in die Kanalisation entsorgt. Laut einer Mitteilung der Aargauer Kantonspolizei vom Dienstag war das Öl auf dem Schulhausplatz «Boostock» in einen Abwassersecht geleert worden. Der Hauswart entdeckte am Montagmorgen eingetrocknetes Öl sowie einen Fassdeckel. Die Kanalisation musste in der Folge mit grossem Aufwand gereinigt werden. Eine Gewässerverschmutzung wurde nicht festgestellt. *fsi.*

Tausend tote Fische in Bubikon. Im Wändhüslenbach in Bubikon sind am Dienstagmorgen rund tausend tote Fische entdeckt worden. Wie die Kantonspolizei mitteilte, war im Industriequartier «Sennhütte» aus einer Baustelle verschmutztes Grundwasser in den Bach gelangt. Die Ursache für die Verschmutzung wird abgeklärt. *-yr.*

Ameisenbären-Nachwuchs im Zoo. Über zweifachen Nachwuchs bei den Ameisenbären darf sich der Zoo Zürich freuen. Die beiden Weibchen, Pepita und Estrella, haben am 21. März und am 21. April je ein Junges zur Welt gebracht. Besucher brauchen allerdings zuweilen etwas Geduld, um den Nachwuchs beobachten zu können. Wenn die Ameisenbären schlafen, decken sie ihre Jungen nämlich mit dem riesigen Schwanz ab. Sind die Mütter aber aktiv, so sitzen die Kleinen auf ihren Rücken. *tox.*

Südschneiser reichen Referendum ein Kampf gegen Pistenausbauten

ark. Der Verein Flugschneise Süd – Nein (VFSN) hat am Dienstag in Zürich ein von mehr als 6700 Personen unterschriebenes konstruktives Referendum eingereicht. Das Vorhaben richtet sich nicht gegen die im Februar vom Kantonsrat bewilligte Behördeninitiative für ein Pistenausbauperbot. Im Gegenteil: Mit ihrem Vorstoss wollen die Schneiser das Gesetz vielmehr noch verschärfen. Es sollen nicht nur Pistenneubauten und Erweiterungen verboten werden, sondern auch die Einführung neuer Flugrouten «über dichtest-besiedeltes Gebiet». Damit wäre auch der Süd-anflug vom Tisch.

Wie VFSN-Präsident Thomas Morf anlässlich der Übergabe der Unterschriften an den Kanton erklärte, bezweckt das Referendum eine Rückkehr zum Status quo ante vor Einführung der Südanflüge. Die Abstimmung über das konstruktive Referendum des VFSN und das von bürgerlichen Kräften im Kantonsrat lancierte und zustande gekommene Behördenreferendum gegen das Pistenausbauperbot wird voraussichtlich im Juni 2010 stattfinden.

«Break Even» in Konkurs Studentisches Bar-Projekt in Winterthur deponiert Bilanz

fo. Der Name hätte Programm sein sollen. Anfang 2007 haben Studierende die Break-Even-Bar an der Winterthurer Technikumstrasse 46 eröffnet, um Dynamik und Komplexität des Wirtschaftslebens hautnah zu erleben. Am Dienstag hat die Break Even AG gemäss Mitteilung ihre Bilanz deponiert, das Unternehmen ist überschuldet. Der festangestellte Betriebsleiter verliert seine Stelle, einige Studierende ihren Teilzeit-Job. Laut Verwaltungsratspräsident Markus Prandini ist es nicht gelungen, eine ausreichend grosse Stammkundschaft heranzubilden. Man habe zu wenig berücksichtigt, dass viele Studierende der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften (ZHAW) auswärts wohnen und ihr Feierabend-Bier nicht in Winterthur trinken wollten. Ausserdem sei das für spezielle Anlässe genutzte Untergeschoss Ende 2007 von der Wirtschaftspolizei geschlossen worden. Prandini betont, mit dem Konkurs gingen keine Steuergelder verloren. Eine Beteiligung der ZHAW am Aktienkapital sei über einen von privater Seite alimentierten Fonds für studentische Projekte finanziert worden.

Auch ÖV-Promotoren lehnen S-Bahn-Initiative ab «Teures Flickwerk, falsches Signal»

sho. Die Zürcher Sektion des «Vereins zur Förderung des öffentlichen Verkehrs» (VöV) wendet sich gegen die kantonale Initiative «Halbstündliche S-Bahn für alle», über die am 17. Mai abgestimmt wird. Das Begehren verursahe ein teures Flickwerk, setze falsche Prioritäten und sende ein falsches Signal aus, heisst es in einer Mitteilung. Das Anliegen der Initiatoren sei berechtigt. Es werde gemäss der Strategie der Zürcher Regierung und des Verkehrsverbundes (ZVV) zwar etwa langsamer realisiert, dafür nachfragegerecht und ohne unnötige Kosten. Die rasche Einführung des Halbstündentakts auf allen Linien erfordert laut VöV sinnlose Fehlinvestitionen in zweistelliger Millionenhöhe. Wichtiger sei der verstärkte Ausbau der Bahn in den Agglomerationsräumen der Städte Zürich und Winterthur. Die Mittel dafür würden in Bern verteilt, schreibt der VöV: Wenn der Kanton Zürich als Folge der Initiative Mittel in fast leere Züge investieren müsse, könne sich das bei den dringend benötigten Bundesgeldern für wirklich notwendige Projekte als Stolperstein erweisen.